

## Zwischen Provisorium und Neuanfang

Informationsveranstaltung zur Zukunft der Primarschule Mammern zog viele Interessierte an



Die Primarschule Mammern stösst an ihre Kapazitätsgrenzen und benötigt dringend zusätzlichen Schulraum.

(teo) Rund 80 Interessierte informierten sich am vergangenen Donnerstag in der Mehrzweckhalle über die Zukunft der Primarschule Mammern. Nach der Ablehnung des Projekts «Rotkehlchen» im vergangenen Herbst suchen Behörden und Bevölkerung gemeinsam nach Lösungen für die akute Platznot und den grossen Sanierungsbedarf.

Gemeindepräsidentin Anita Dähler-Engel eröffnete den Anlass und betonte die Bedeutung eines offenen Austauschs, um eine mehrheitsfähige Lösung für das Dorf zu finden. Schulpräsident Tobias Kohler erinnerte daran, dass die Probleme trotz des Neins an der Urne bestehen bleiben. Die Raumnot belastet den Schulalltag und das Lehrerteam zunehmend.

### Pädagogik braucht Platz für moderne Lernformen

Schulleiter Thomas Bächer erklärte, wie stark sich der Unterricht in den vergangenen Jahrzehnten verändert habe. Der Lehrplan 21 verlange flexible Lernformen mit Gruppenarbeiten und Rückzugsorten. In Mammern fehlen jedoch geeignete Gruppenräume. Kinder lernen deshalb teilweise auf Gängen, Treppen oder im Eingangsbereich. Besonders schwierig sei die Situation im Werk- und Musikunterricht. Für Bächer sollte der Raum ein «dritter Pädagoge» sein, der die Motivation und Freude der Kinder am Lernen unterstützt.

### Grosser Sanierungsbedarf am bestehenden Schulhaus

Auch der bauliche Zustand des knapp 40 Jahre alten Schulhauses wurde thematisiert. In den vergangenen Jahren seien wegen der Hoffnung auf einen Neubau nur die dringendsten Reparaturen ausgeführt worden. Eine aktuelle Schätzung beziffert die nötige Sanierung auf mindestens 2.1 Millionen Franken. Dabei könnten bei Umbauten zusätzliche versteckte Mängel und weitere Kosten auftreten. Laut Behörden ist die Sanierung jedoch notwendig, um Sicherheit und Werterhalt der Liegenschaft zu gewährleisten.

### Autonomie in Gefahr bei einem Zusammenschluss

Vizepräsident Philipp Engel erläuterte zudem die Möglichkeit eines Zusammenschlusses mit Nachbargemeinden in einer Volksschulgemeinde. Dies könnte zwar administrative Vorteile

bringen, wäre aber ein langwieriger Prozess und würde die Eigenständigkeit der Dorfschule gefährden. Die Gemeinde hätte weniger Einfluss auf zukünftige Entscheidungen und der Standort Mammern könnte langfristig infrage gestellt werden. Gemeinderat und Schulkommission sprechen sich deshalb weiterhin für eine autonome Dorfschule aus.

### Container als Provisorium

Als kurzfristige Lösung gegen die Platznot sollen mobile Container direkt am Schulgebäude aufgestellt werden. Vorge-

sehen sind ein Klassenzimmer und zwei Gruppenräume. Die Übergangslösung soll vier bis fünf Jahre bestehen bleiben, während eine langfristige Strategie ausgearbeitet wird. Der Kredit für die Container dürfte unter 150 000 Franken liegen und soll bereits im Juni vor die Gemeindeversammlung kommen. Die Räume sollen spätestens bis zu den Herbstferien bereitstehen.

### Kritische Stimmen zu Spielplatz und Finanzen

In der Diskussion äusserten Eltern Kritik am geplanten Wegfall des Spielplatzes. Die Behörden verwiesen darauf, dass die bestehenden Spielgeräte wegen morschen Holzes ohnehin ersetzt werden müssten. Auch die Gemeindefinanzen sorgten für Diskussionen. Mehrere Bürger warnten vor den Folgen eines teuren Neubaus und möglichen Steuererhöhungen. Zudem wurden die Prognosen steigender Schülerzahlen hinterfragt.

### Hoffnung auf eine reaktivierte Variante

Zum Schluss brachte Schulpräsident Tobias Kohler eine abgespeckte Neuauflage des Projekts «Rotkehlchen» ins Spiel. Damit könnten bereits investierte Planungskosten von rund 700 000 Franken teilweise genutzt werden. Rechtlich wäre eine überarbeitete Vorlage möglich, sofern die Bevölkerung nochmals darüber abstimmen möchte. Die Behörden riefen die Bevölkerung dazu auf, sich aktiv am weiteren Prozess zu beteiligen. Die Gemeindeversammlung im Juni mit dem Entscheid über den Container-Kredit gilt als erster wichtiger Schritt.

Ein weiterer Vorschlag aus der Bevölkerung betraf die Nutzung freier Räume im Gebäude «Trautheim» für die Schulleitung. Die Behörden lehnten dies jedoch ab, da die Räumlichkeiten nicht den gesetzlichen Vorgaben, etwa bezüglich Rollstuhlgängigkeit, entsprechen. Gleichzeitig betonten mehrere Votanten, dass nun rasch gehandelt werden müsse, damit sich die Situation für Schülerinnen, Schüler und Lehrpersonen nicht weiter verschärft.

Die lebhafteste Diskussion zeigte insgesamt, wie stark das Thema Schule die Gemeinde bewegt. Zwischen dem Wunsch nach einer langfristigen Lösung, finanziellen Sorgen und dem Bedürfnis nach einer funktionierenden Infrastruktur suchen Behörden und Bevölkerung weiterhin gemeinsam nach einem gangbaren Weg.